

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN  
Institut für Sozialwissenschaften



# Die Konsequenzen des demographischen Wandels

Hausarbeit

zum

Hauptseminar „Die Zukunft der Familie“

Dozent: Prof. Dr. Hans Bertram

Wintersemester 2005/2006

von

Susanne Bergknecht

Nadine Dierichen

Nicole Hansch

Constanze Riaz

**März 2006**

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	3
2. Demographischer Wandel .....	4
2.1 Demographischer Wandel der Weltbevölkerung .....	4
2.2 Demographischer Wandel in Europa .....	5
2.3 Demographischer Wandel in Deutschland .....	6
3. Ursachen des demographischen Wandels in Deutschland .....	7
3.1 Implodierende Generationen – Gründe des Geburtenrückgangs .....	7
3.2 Sterblichkeitsrückgang – Anstieg der Lebenserwartung .....	10
3.3 Bevölkerungsentwicklung durch Migration .....	10
4. Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme .....	11
4.1 Konsequenzen für die Gesetzliche Rentenversicherung .....	12
4.2 Lösungsansätze zur Rettung der Gesetzlichen Rentenversicherung .....	12
4.2.1 Anhebung des Beitragssatzes bzw. Senkung des Rentenniveaus .....	13
4.2.2 Einwanderung von Erwerbstätigen .....	13
4.2.3 Erhöhung des Renteneintrittsalters .....	14
4.2.4 Erhöhung des Bundeszuschusses .....	15
4.2.5 Riester-Rente .....	15
4.2.6 Riester-Rente für Kinderlose .....	16
5. Konsequenzen des demographischen Wandels für den ländlichen Raum .....	17
5.1 Definition und Abgrenzung des ländlichen Raumes .....	18
5.2 Folgen der Schrumpfung für die Infrastruktur .....	19
5.2.1 „Sterben von Dorfläden“ .....	19
5.2.2 Anstieg Infrastrukturbedarf für ältere Menschen .....	20
5.3 Ausblick .....	21
6. Fazit .....	22
7. Literatur .....	25
8. Anhang .....	28

## 1. Einleitung

Bevölkerungsfragen gewinnen an Bedeutung, das betrifft nicht nur die Weltbevölkerung, sondern auch die demographische Situation in der Bundesrepublik Deutschland. „Die Vorhersage, dass es langfristig viel zu wenig junge Menschen in Deutschland geben wird, ist ziemlich sicher“, sagt der Bielefelder Demograph Herwig Birg, „weil die Eltern nicht geboren wurden, die in Zukunft diese Kinder in die Welt setzen müssten“ (<http://www.3sat.de/nano/serien/64754/index.html>).

Der Spiegel ängstigt mit „dem letzten Deutschen“ (05.01.2004), die FAZ setzt die „Demographische Zeitbombe“ auf die Agenda und die ZEIT ruft die "Geburtenkrise" aus (15.01.2004). Die Diskussion um den demographischen Wandel durchzieht nicht nur die Medienlandschaft, sondern hat inzwischen auch den Privathaushalt erreicht. So erklärt sich, wie Frank Schirrmachers Buch „Das Methusalem-Komplott“ ein Bestseller werden konnte und die FAZ einen mehrteiligen Grundkurs Demographie von Herwig Birg veröffentliche. Der Unterschied zwischen beiden Autoren liegt allerdings in der Betrachtung des Themas. Während Schirrmacher die gestiegene Lebenserwartung für den demographischen Wandel verantwortlich macht, sieht Birg die niedrige Geburtenrate als Hauptursache dessen.

Welchen Einfluss die gestiegene Lebenserwartung und die veränderte Geburtenrate auf den demographischen Wandel hat, soll in dieser Arbeit untersucht werden. Genauso wird der Frage nachgegangen, welche Konsequenzen sich daraus ergeben könnten und welche Bedeutung der Zuwanderung beigemessen werden kann.

Mit der vorliegenden Arbeit wollen wir zunächst einen Überblick über den demographischen Wandel der Weltbevölkerung und im Besonderen in Deutschland schaffen. Wir werden erklären, warum die Geburtenzahl sinkt und welche Bedeutung die Zuwanderung für die gesellschaftliche Entwicklung hat. Des Weiteren wollen wir die Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere für die Gesetzliche Rentenversicherung, darstellen. Danach wird anhand des ländlichen Raumes erklärt, wie sich der demographische Wandel kleinräumig auswirkt, denn in ländlichen Regionen sind die Konsequenzen zuerst sichtbar und akut. Die Folgen des Bevölkerungsrückganges in ruralen Gebieten sind von besonderem Interesse, da die geringe Siedlungsdichte hier bereits in den letzten Jahren zu einem Abbau von Infrastruktureinrichtungen geführt hat und demzufolge zu einer Verschlechterung der Versorgungsqualität. Im letzten Kapitel dieser Arbeit werden die Ergebnisse zusammengefasst dargestellt und bezüglich der Fragestellung diskutiert. Die von uns verwendete Abbildung befindet sich im Anhang.

## **2. Demographischer Wandel**

Um den demographischen Wandel zukünftiger Bevölkerungsentwicklung abbilden zu können, müssen Prognosen gestellt werden. Prognosen basieren immer auf Annahmen, d.h. je mehr Annahmen sich später als richtig erweisen, desto mehr spiegelt die entsprechende Prognose die Wirklichkeit wider. Die Bevölkerungsprognosen der demographischen Fachwissenschaftler beruhen auf Annahmen über das zukünftige Fortpflanzungsverhalten (gemessen anhand der Lebendgeborenen pro Frau), des weiteren auf Annahmen der Lebenserwartung (gemessen durch die Sterbewahrscheinlichkeiten in den einzelnen Lebensjahren), sowie auf Annahmen über Migration (gemessen an Zahl der Zu- und Abwanderungen plus deren Altersstruktur). Prognosen werden zumeist in mehreren Varianten erstellt, um einen Korridor wahrscheinlicher Entwicklungen aufzeigen zu können.

### **2.1 Demographischer Wandel der Weltbevölkerung**

Im Weltdurchschnitt fiel die Geburtenrate im Zeitraum von 1950-1955 von fünf Geburten je Frau auf heute (2000-2005) 2,9 in den Entwicklungsländern und 1,6 in den Industrieländern (vgl. Birg, 2005, S. 26). Basierend auf den Annahmen der UN-Vorausrechnungen von 2004 wird bei der mittleren Variante vom Zeitraum 2000-2005 bis zum Zeitraum 2045-2050 für die Weltbevölkerung ein Rückgang der Geburtenrate von 2,65 auf 2,05 Lebendgeborene pro Frau prognostiziert. Je nach Tempo des Rückgangs, könnte die bestandserhaltende Geburtenrate von 2,1 bis 2,2 Lebendgeborenen pro Frau schon um 2040 unterschritten werden.

Aufgrund der Annahme, dass sich die durchschnittliche Lebenserwartung von Frauen und Männern der Weltbevölkerung von 65,4 auf 75,1 Jahre erhöht, nimmt bei deren Bestätigung die Weltbevölkerung von 2005 bis 2050 von 6,47 auf 9,08 Milliarden Menschen zu (vgl. Birg, 2005, S.50). Den größten jährlichen Anteil am Weltbevölkerungszuwachs im Zeitraum 2000-2005 haben Indien mit 16 Millionen und China mit 9,4 Millionen Menschen (vgl. Birg, 2005, S. 32). Die jährliche Wachstumsrate der Weltbevölkerung nimmt jedoch seit 1970 ständig ab und ist bis 2005 auf 1,2 % gefallen. Das Ende des Weltbevölkerungswachstums sieht Birg um das Jahr 2070, ab diesem Zeitpunkt wird eine Phase der Bevölkerungsschrumpfung weltweit einsetzen.

Die international vergleichende Analyse zeigt, dass die Abnahme der Geburtenrate umso größer und die Alterung der Gesellschaft umso intensiver werden, je höher das ökonomische Entwicklungsniveau eines Landes ist. Eine Ausnahme von der als „demographisch-ökonomisches Paradoxon“ bezeichneten Regel bilden die USA mit ihrer für ein Industrieland

hohen Geburtenrate von 2 Geburten pro Frau (vgl. Birg, 2005, S. 34).

Das Niveau des Altenquotienten, d.h. das prozentuale Verhältnis zwischen den 20 bis unter 60-Jährigen zu den ab 60-Jährigen, wird bis zur Jahrhundertmitte in den Industrieländern um das Doppelte, in den Entwicklungsländern fast um das Dreifache steigen. Die demographische Alterung ist also nicht auf die Industrieländer beschränkt, sie betrifft die Weltbevölkerung als Ganzes.

## **2.2 Demographischer Wandel in Europa**

Die Bevölkerungszahlen in Europa gehen zurück, während die Europäer gleichzeitig länger leben. Die Geburtenrate der 25 EU-Mitglieder liegt laut Eurostat bei 1,5 Kindern pro Frau. Die Geburtenrate liegt mit Ausnahme von Irland (2 Kinder pro Frau) und Frankreich (1,9) in allen europäischen Ländern deutlich unter dem Bestandserhaltungsniveau von 2,1 bis 2,2 Kindern pro Frau. Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland haben mit 1,8 eine noch relativ hohe Geburtenrate. Anders verhält es sich schon mit Deutschland, Italien, Spanien und Griechenland. Mit einer Gesamtfertilitätsrate von 1,3 liegen sie schon fast mit einem ganzen Kind unter der Bestandserhaltung. Die niedrigste europäische Geburtenrate im Zeitraum 2000-2005 haben Tschechien, Polen, Slowenien und die Slowakei mit 1,2 Lebendgeborenen pro Frau (vgl. Birg, 2005, S. 41).

In der langfristigen Prognose geht die UN von einem Wiederanstieg der Geburtenrate von 2000-2005 bis 2050 von 1,4 auf 1,83 Lebendgeborene pro Frau aus. Im Unterschied dazu, hält Birg den Rückgang der Fertilität auf 1,33 Geburten je Frau, wie er in der niedrigen UN-Variante prognostiziert wird, für wahrscheinlicher.

Bei gleichzeitiger Unterstellung von großen Einwanderungsüberschüssen aus der Dritten Welt prognostiziert die UN die Abnahme der europäischen Bevölkerung von 728 Millionen im Jahre 2005 auf 653 Millionen (2050) (vgl. Birg, 2005, S. 51).

Europa ist der einzige Kontinent dessen Bevölkerung schrumpft, und die Europäer werden immer älter. 1960 geborene Personen können damit rechnen, etwa 67 Jahre (Männer) bzw. 73 Jahre (Frauen) alt zu werden. Im Jahr 2000 geborene Personen werden voraussichtlich viel länger leben, nämlich mehr als 75 Jahre (Männer) bzw. 81 Jahre (Frauen) alt werden (vgl. [http://europa.eu.int/comm/publications/booklets/eu\\_glance/44/de-1.pdf](http://europa.eu.int/comm/publications/booklets/eu_glance/44/de-1.pdf)).

Die höchste Lebenserwartung im europäischen Vergleich haben derzeit Schweden und die Schweiz mit 80 Jahren für 2003 Geborene (vgl. Sinn, 2005, S. 57).

## 2.3 Demographischer Wandel in Deutschland

Die verschiedenen Varianten für deutsche Bevölkerungsprognosen ergeben sich aus unterschiedlichen Annahmen über die Zunahme der Lebenserwartung, sowie verschiedener Wanderungssalden gegenüber dem Ausland. Für alle Varianten legt das Statistische Bundesamt in seiner 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung eine Geburtenrate von 1,4 Lebendgeborenen pro Frau fest. Bei der mittleren Variante steigt die gesamtdeutsche Lebenserwartung bei der Geburt bis 2050 bei den Mädchen auf 86,6 Jahre und auf 81,1 Jahre bei den Jungen (vgl. Birg, 2005, S. 70).

Herwig Birg prognostiziert einen Bevölkerungsrückgang, der sich solange fortsetzt, wie die Geburtenrate das bestandserhaltende Niveau unterschreitet und nicht durch Einwanderungsüberschüsse kompensiert wird. Nach Erkenntnissen von Reiner Klingholz, Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung, schrumpft die deutsche Bevölkerung schneller als erwartet. „In nur zwei Jahren ist die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau um 0,7 Prozent auf 1,36 gefallen“, sagte Klingholz in einem Interview des Nachrichtenmagazins Focus (13.3.2006). Neben dem Bevölkerungsrückgang ändert sich auch die Zusammensetzung zwischen Deutschen und Zuwanderern. Die Zahl derer mit deutscher Staatsangehörigkeit schrumpft in den alten Bundesländern von 1998 bis 2050 von 59,6 auf 39,5 Millionen, in den neuen Bundesländern von 15,0 auf 9,5 Millionen. Die Zahl der Zugewanderten wird sich in den alten Bundesländern von 1998 7,1 Millionen auf 17,4 Millionen bis 2050 erhöhen. Erhöhen wird sich auch der Anteil in den neuen Bundesländern, von 300.000 Tsd. im Jahr 1998 steigt der Zugewandertenanteil auf 1,6 Millionen im Jahr 2050 (vgl. Birg, 2005, S. 73f.). Bei der Altersgruppenuntersuchung findet eine gegenläufige Entwicklung von Bevölkerungswachstum bei den Älteren (60 und älter) und Bevölkerungsschrumpfung bei den Jüngeren statt. Das Medianalter steigt von 1998 bis 2050 von 39 auf 52 Jahre an. Der Altenquotient verändert sich um das 2,4fache von 38,6% im Jahr 1998 auf 92,2% (vgl. Birg, 2005, S.75). Die Zahl der unter 20-Jährigen sinkt bis 2050 von 21,6% (1998) auf 14,3% (2050).

In den neuen, sowie auch den alten Bundesländern, schrumpft die Bevölkerung aufgrund der unter bestandserhaltenden Niveau liegenden Geburtenrate - kaum spürbar vorerst noch in einigen Ballungsgebieten, rasend schnell in jenen Gebieten, die nicht von Zuzug und Zuwanderung profitieren können, sondern im Gegenteil, selbst unter massenhafter Landflucht in wirtschaftlich stärkere Regionen leiden. Zu den Wanderungsgewinnern zählen vor allem Landkreise um Städte wie München und Stuttgart, aber auch rings um Hamburg, Hannover,

Düsseldorf oder Frankfurt am Main, des weiteren vereinzelt Gegenden im Osten, in der Nachbarschaft von Berlin, Leipzig und Dresden. Mittelfristig wird die Bevölkerung aller Bundesländer, auch Baden-Württembergs sinken, wenn kein ausreichendes Zuwanderungspotential zur Verfügung steht, um diese Entwicklung auszugleichen.

Der Trend der Bevölkerungsabnahme, der in Europa schon eingetreten ist, wird spätestens im Jahre 2070 auch ein weltweiter sein. Die Weltbevölkerung verändert sich einmal anhand der Geburtenrate und zeichnet sich zum anderen durch eine steigende Lebenserwartung aus.

### **3. Ursachen des demographischen Wandels in Deutschland**

Bevölkerungen verändern ihre Altersstruktur. Dies liegt in einem Zusammenspiel von gegebener Altersstruktur, der Entwicklung von Fertilität, Mortalität und Migration. Die Abbildung 1 im Anhang zeigt die Veränderung der Altersstruktur. Man kann anschaulich den Wandel von einer Bevölkerungspyramide zu einem Bevölkerungssarg zeigen. Die Ursachen für diese Entwicklungen in Deutschland sollen in den folgenden Teilabschnitten dargestellt und diskutiert werden.

#### **3.1 Implodierende Generationen – Gründe des Geburtenrückgangs**

Unter den Gründen des Geburtenrückgangs gibt es zunächst eine auffällige Gruppe von Faktoren, die einen vermeintlichen Zusammenhang mit historischen Ereignissen des vergangenen Jahrhunderts darstellen. Zum einen fallen „(...)darunter die drastischen Geburtenrückgänge in den beiden Weltkriegen und der Weltwirtschaftskrise von 1932 sowie der Geburtenrückgang in den neuen Bundesländern nach der Änderung des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands“ (Birg, 2005, S. 82). Zum anderen werden auch der Zusammenbruch des Ostblocks, sowie die EU-Ost-Erweiterung als Ereignisse für den Geburtenrückgang aufgeführt.

Die gleiche Abbildung kann die einschneidenden Ereignisse im Zusammenhang mit einem Rückgang der Geburten bestärken. Allerdings bedarf es weiterer Indikatoren, diese Tatsachen allein reichen für einen immer noch bestehenden Geburtenrückgang nicht aus.

Eine weitere Gruppe von Faktoren bilden jahrgangs- oder generationenspezifische Ereignisse. Hier sind zunächst die Auswirkungen der Emanzipationsbewegung zu nennen, die besonders die Generationen der 40er und 50er Jahre des 20. Jahrhunderts betrifft. Die in dieser Zeit

Geborenen mussten sich während ihrer Phase der Familiengründung mit „(...)Leitbildern einer antiautoritären und dezidiert antifamilialen Selbstverwirklichungsideologie(...)“ (Birg, 2005, S. 83) auseinandersetzen. Ebenfalls zu den jahrgangsspezifischen Gründen für einen Geburtenrückgang sind die Auf- und Abschwungphasen der wirtschaftlichen Konjunkturlage, sowie damit einhergehend die Arbeitsmarktlage und die Möglichkeit der Umsetzung beruflicher Ziele. Hinzu kommen Veränderungen im Ehe-, Scheidungs- und Familienrecht, sowie Maßnahmen in der Familienpolitik, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung.

Welche Auswirkungen hatte das auf die Familienentwicklung? Statistisch kann man sagen, „allen seit 1940 geborenen Frauenjahrgängen ist gemeinsam, dass ein immer größerer Anteil des Jahrgangs kinderlos blieb“ (Birg, 2005, S. 85). 1940 lag der Anteil bei 10,6%, 1950 bei 15,8% und 1965 waren es 32,1%, die zeitlebens ohne Kinder ihr Leben gestalten. Parallel dazu sank der Anteil an Frauen mit nur einem Kind, der Anteil mit 2 und mehr Kindern verringerte sich ebenfalls (vgl. Birg, 2005, S. 85). Die Jahrgänge teilen sich demnach seit der Zeit des II. Weltkrieges zunehmend in zwei Gruppen, *mit* und *ohne* Kinder.

Auch in Kriegs- und Krisenzeiten sind die Frauen früher kinderlos geblieben, die heutige Kinderlosigkeit wird allerdings als eine „neue“ bezeichnet, da es sich überwiegend um individuelle Entscheidungen handelt. Das führt zu den gesellschaftlichen Ereignissen, die als dritter Indikator für den Geburtenrückgang in Deutschland gelten können.

Die gesellschaftlichen Veränderungen im 20. Jahrhundert haben den Menschen eine Vielfalt von Optionen für ihre Lebensplanung eröffnet, wie es sie in der gesellschaftlichen Entwicklung zuvor noch nicht gegeben hat. Den Hintergrund bilden Individualisierungstendenzen in der Gesellschaft. Die Lebensstile basieren zunehmend auf individueller Selbstverwirklichung. „In unserer Gesellschaft wird der Lebenslauf nicht mehr als Vollzug einer biographischen Anpassung an ein von der Herkunftsfamilie oder von der Gesellschaft vorgegebenes oder empfohlenes Muster betrachtet, sondern er ist ein Projekt des Einzelnen, dessen Erfolg oder Misserfolg dem Individuum zugerechnet wird“ (Birg, 2005, S. 89).

Heiraten und Kinderhaben sind heutzutage keine selbstverständlichen Merkmale in einer Biographie. „Heute heiraten junge Menschen nicht nur später, sondern auch weniger als die Generationen vor ihnen. Vor allem die Akademikerinnen und Akademiker weisen die höchste Quote der Ledigen auf“ (Konrad-Adenauer-Stiftung, 2006, S. 6). „Im Alter um die Vierzig sind gegenwärtig 28 Prozent der akademisch gebildeten Frauen und 30 Prozent der Männer mit gleichem Bildungsniveau ledig“ (Konrad-Adenauer-Stiftung, 2006, S. 21). Es scheint, dass Erwerbstätigkeit und berufliche Karriere dem Leben in einer eigenen Familie vorgezogen



wird. Eine Erklärung liegt an den sich wandelnden Arbeitsmarktanforderungen, die berufliche Flexibilität und räumliche Mobilität von den Erwerbstätigen zunehmend voraussetzt und dadurch eine Bindungsfeindlichkeit der Individuen erzeugt. Wenn beide Partner eine berufliche Karriere anstreben, wird eine Abstimmung von bis dahin zwei unabhängigen Biografien schwieriger. (vgl. Birg, 2005, S. 87f.)

„Ledige Frauen sind bei ihrer ersten Eheschließung mittlerweile rund 29 Jahre, Männer 31 Jahre“ (Konrad-Adenauer-Stiftung, 2006, S. 20). Doch nicht nur der Zeitpunkt der Eheschließung verschiebt sich nach hinten, das gleiche gilt für die Entscheidung, Kinder zu bekommen. Denn „die Risiken langfristiger Entscheidungen im Lebenslauf sind am größten, wenn eine Entscheidung über den Schritt zum ersten Kind getroffen werden muss. „(...) der Wechsel zur Elternschaft ist irreversibel, (...)“ (Birg, 2005, S. 88).

„Heute sind Frauen bei der Geburt des ersten Kindes durchschnittlich 29 Jahre (Westen) bzw. 28 Jahre (Osten) alt“ (Konrad-Adenauer-Stiftung, 2006, S. 22).

Die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes geht in ihrer Untersuchung von einer Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern pro Frau bis zum Jahr 2050 aus. „Um die gegenwärtige Bevölkerungszahl zu erhalten, müssten im Durchschnitt pro Elternpaar etwas mehr als 2 Kinder geboren werden, die, wenn sie erwachsen sind, selbst wieder mindestens zwei Kinder bekommen und so die vorangegangenen Generationen ersetzen“ (Statistisches Bundesamt, 2003, S. 10). Allerdings werden seit 30 Jahren kontinuierlich weniger Menschen geboren im Verhältnis zu denen, die sterben. Und dieses Defizit wird von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wachsen, da die vor 30 Jahren nicht Geborenen heute als potenzielle Eltern fehlen. Hinzu kommt, dass die Kinderlosigkeit weiter zunimmt. „Mit einem Drittel der Frauen und Männer an einem Jahrgang, die zeitlebens kinderlos bleiben, ist Deutschland weltweit einmalig“ (Konrad-Adenauer-Stiftung, 2006, S. 6). Zudem haben Wissenschaftler des Max Planck Institut im Rahmen der Stichprobenuntersuchung Eurobarometer herausgefunden, „dass die persönlich ideale Kinderzahl in Deutschland und Österreich besonders bei jüngeren Frauen auf deutlich unter zwei gesunken ist“ (Lutz/Milewski, 2004, S. 2). Der Wandel in der tatsächlichen Kinderzahl wirkt sich auf Ideale der nächsten Generation aus und entwickelt sich damit von der erlebten Realität zur Norm. So könnten wir uns mitten in einer Negativspirale befinden: „niedrige Geburtenraten bewirken mit Zeitverzögerung niedrigere Ideale, ein Sinken der Ideale führt zu noch niedrigeren Geburtenraten“ (Lutz/Milewski, 2004, S. 2). Und das bedeutet eindeutig einen Rückgang des Kinderwunsches.

Der Geburtenrückgang des vergangenen Jahrhunderts hat den größten Einfluss auf den demographischen Wandel.

### **3.2 Sterblichkeitsrückgang – Anstieg der Lebenserwartung**

Ein individuell erreichtes Lebensalter von 90 oder 100 Jahren ist heutzutage keine Seltenheit mehr. „In Deutschland erhöhte sich die Lebenserwartung bei der Geburt in den vergangenen Jahren im Durchschnitt um vier Monate pro Jahr. Der Trend führte zu einem Anstieg zwischen den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts und den zuletzt registrierten Ergebnissen für 2003 von 40,6 auf 75,6 Jahren bei den Männern bzw. von 44,0 auf 81,3 bei den Frauen“ (Birg, 2005, S. 94).

Maßgeblich für diese Entwicklung sind der massive Rückgang der Kleinkindsterblichkeit und zunehmend auch der Rückgang der Alterssterblichkeit. Mit zunehmendem Fortschritt in Medizin und Forschung, einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen, einer gesundheitsbewussten Lebensführung und einem generellen allgemeinen materiellen Wohlstand wird auch für die Zukunft ein weiteres Ansteigen der Lebenserwartung erwartet. Das Altern ist irreversibel, da es im heutigen Altersaufbau der Bevölkerung bereits angelegt ist. Das zeigt der Anteil der älteren Bevölkerung in Beziehung gesetzt zum mittleren bzw. unteren Teil. „Nach übereinstimmenden Vorausberechnungen verschiedener Forschungsinstitute und des Statistischen Bundesamtes erhöht sich der Altenquotient bis 2050 auf mehr als das Zweifache, während der Jugendquotient etwa um ein Sechstel abnimmt, und zwar von 1998 bis 2050 von 38,0 % auf rund 32 %“ (Birg, 2005, S. 101).

Zusammenfassend für die beiden vorgestellten Teilkapitel lässt sich sagen, dass aufgrund des Fertilitätsrückgangs die Bevölkerung Deutschlands schrumpfen wird, während gleichzeitig der Altersdurchschnitt wegen des fehlenden Nachwuchses und durch steigende Lebenserwartung zunehmen wird.

Dem gegenüber steht nun die Zuwanderung als dritte mögliche Ursache des Wandels.

### **3.3 Bevölkerungsentwicklung durch Migration**

„Deutschland war im 19. Jahrhundert ein Auswanderungsland, jedes Jahr zogen 100 bis 200 Tsd. Menschen nach Übersee, die meisten in die Vereinigten Staaten und nach Südamerika. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm Deutschland über 12 Mio. Vertriebene und Flüchtlinge auf“ (Birg, 2005, S. 107). In wirtschaftlich guten Zeiten wandelte es sich von einem Auswanderungs- in ein Einwanderungsland. Zuwanderungen in Industrieländer unterliegen zahlreichen veränderlichen Rahmenbedingungen, neben den allgemeinen ökonomischen Bedingungen in den Zielregionen sind vor allem auch politisch gesetzte Bestimmungen zu berücksichtigen. Herkunftsländer, Wanderungsmotive und auch die gesetzlichen

Zuwanderungsbestimmungen haben sich seit dem ersten Gastarbeiteranwerbeschub verändert, doch die Attraktivität Deutschlands als Ziel ist geblieben.

In der Vergangenheit hat das Wanderungssaldo für eine Zunahme der Bevölkerung gesorgt. Gegenwärtig liegt der langfristige Durchschnitt des Wanderungssaldos von Deutschland zwischen 150 Tsd. und 200 Tsd. pro Jahr, das differiert in Abhängigkeit von Politik und wirtschaftlicher Lage (vgl. Birg, 2005, S. 103).

Es gibt verschiedene Modellrechnungen des Innenministeriums, die von einem Nullwachstum bis zu 300 Tsd. Zuwanderungen pro Jahr ausgehen. Bei allen Varianten wird die Bevölkerung in Deutschland von 82 Mio. schrumpfen. Um die derzeitige Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2050 aufrecht zu erhalten, wäre eine jährliche Nettozuwanderung von 324 Tsd. Personen notwendig, das würde einen Anstieg des Zuwandereranteils von gegenwärtig 9% auf ca. 28% bedeuten. Da Zuwanderer auch Leistungsansprüche der Sozialversicherungen erwerben und auch die ausländische Bevölkerung altert, würde diese Bestandserhaltungsmigration die Systeme nur mittelfristig entlasten. Der Arbeitsmarkt scheint kaum in der Lage zu sein, eine integrationsfördernde Funktion zu übernehmen. Waren Migranten in den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts notwendig, um den damals bestehenden Arbeitskräftemangel auszugleichen, gehören sie heute zu den Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Das Risiko, heute arbeitslos zu werden, ist wegen geringerer sprachlicher Kenntnisse und schlechterer Qualifikation für sie größer (vgl. Statistisches Bundesamt, 2004, S. 117).

#### **4. Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme**

In den westlichen Industrienationen stehen die Systeme der sozialen Sicherung zunehmend vor dem Problem der zukünftigen Finanzierung. Die Gründe dafür liegen in der Bevölkerungsentwicklung, die eine gesicherte Versorgung im Alter bei derzeitiger demographischer Entwicklung nicht für alle gewährleisten kann. Die Konsequenzen des gesellschaftlichen Wandlungsprozesses werden durch gegenwärtige Ansätze einer Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungsdiskussion deutlich. Die Veränderungen werden in einem zunehmenden Ungleichgewicht zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern enden. D.h. je mehr Menschen sehr alt werden, umso mehr Kosten werden im Gesundheitswesen entstehen. Da der medizinische Fortschritt durch aufwändige Forschung und Entwicklung immer kostenintensiver wird, ist hier mit enormen Kostensteigerungen zu rechnen. Mit zunehmendem Alter steigt auch der Anteil der Pflegebedürftigen, da der Anteil der familiären

Pflege in Zukunft jedoch abnehmen wird, wird man auch in diesem Bereich mit deutlich steigenden Beitragszahlungen rechnen müssen.

#### **4.1 Konsequenzen für die Gesetzliche Rentenversicherung**

Die Menschen werden zunehmend älter, was zusammen mit der sinkenden Geburtenrate zu einer Überalterung der Bevölkerung führt. Folglich sind junge Menschen innerhalb der Gesellschaft unterrepräsentiert. Der demographische Wandel verändert die Gesellschaft, indem er das Zahlenverhältnis von Jungen zu Alten und von Erwerbstätigen zu Rentnern verschiebt. Auf die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung hat dieser Prozess schwerwiegende Auswirkungen, da die Anzahl der Rentenberechtigten die der Beitragszahler übersteigt und damit der Generationenvertrag nicht mehr funktioniert. Die Basis für die gesetzliche Rente allerdings bildet die Solidarität zwischen den Generationen, zwischen Jung und Alt, denn von den laufenden Beitragseinnahmen werden immer die laufenden Renten gezahlt. (vgl. [www.deutsche-sozialversicherung.de/de/rentenversicherung/finanzierung.html](http://www.deutsche-sozialversicherung.de/de/rentenversicherung/finanzierung.html))

Doch was passiert, wenn die Beitragszahler fehlen?

„Kinder bekommen die Leute sowieso.“ In dieser Hinsicht hat sich der erste Kanzler der Nachkriegszeit, Konrad Adenauer, geirrt.

„Mit dem Anstieg des Altenquotienten steigt die Zahl der Rentner, die von den jungen, arbeitsfähigen Menschen versorgt werden müssen, und das bedeutet entweder einen Anstieg des Beitragssatzes oder eine Senkung des Rentenniveaus“ (Sinn, 2005, S. 61f.). Dazu kommen noch die steigenden Lasten aus der Pflege- und Krankenversicherung. „Die Gesamtbelastung mit allen Sozialversicherungsabgaben liegt nach einer Projektion des ifo Instituts im Jahr 2035 bei 62,5%.“ (Sinn, 2005, S. 63).

Die Thematik des geeigneten Verfahrens zur staatlichen Rentenfinanzierung wird in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert, welche Vor- und Nachteile die einzelnen Verfahren mit sich bringen, soll folgend diskutiert werden.

#### **4.2 Lösungsansätze zur Rettung der Gesetzlichen Rentenversicherung**

Um das deutsche Rentensystem nach dem Umlageverfahren den oben benannten Prozessen anzupassen, sind verschiedene Reformen unausweichlich. Es stehen zahlreiche Handlungsoptionen zur Verfügung, die, in Kombination miteinander, die Konsequenzen der Krise für die staatliche Rentenversicherung aufzufangen zu versuchen. Die unterschiedlichen Maßnahmen besitzen Vor- und Nachteile mit der Folge, dass es nicht eine richtige Lösung des

Rentenproblems geben kann. Ohnehin ist es fraglich, inwieweit das Rentensystem nach dem Umlageverfahren in Zukunft noch tragfähig sein kann.

#### **4.2.1 Anhebung des Beitragssatzes bzw. Senkung des Rentenniveaus**

Äußerst nahe liegende Reaktionen auf die Verknappung der Beitragszahler und die Erhöhung der Leistungsempfänger sind entweder die Anhebung des Beitragssatzes oder die Senkung des Rentenniveaus. Aktuell wird aller Voraussicht nach der Beitrag von jetzt 19,5% auf 19,9% im Jahr 2007 angehoben werden. Ursache dafür ist auch, dass den Rentenkassen für Arbeitslosengeld-II-Empfänger nur noch zwei statt vier Milliarden Euro jährlich überwiesen werden (vgl. Berliner Zeitung, 15.3.2006, S. 10). In der Zeit von 2000-2040 wird mit einer Verdoppelung des Altenquotienten gerechnet, dies hätte also eine Verdopplung des Beitragssatzes der Rentenversicherung von derzeit 20% auf 40%, oder eine Halbierung der Renten relativ zu den Bruttolöhnen zur Folge (vgl. Sinn, 2005, S. 62). Um die daraus resultierende Altersarmut abzuwenden, muss die entstehende Versorgungslücke mit einer privat finanzierten, kapitalgedeckten Zusatzversorgung geschlossen werden.

#### **4.2.2 Einwanderung von Erwerbstätigen**

Ein optimistischer Lösungsansatz ist die Erhöhung der Zahl der Beitragszahler. Dieses ist zu erreichen „durch eine Anhebung der Geburtenrate, durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Frauen, durch eine Verkürzung der Ausbildungszeiten oder durch die Einwanderung von Erwerbstätigen“ (Birg, 2004, S. 40). Detaillierter soll im Folgenden auf die Zuwanderung eingegangen werden.

Eine permanente Einwanderung, bei der auch die Kinder und Enkelkinder der Migranten bleiben, scheint am effektivsten für die Rettung des Rentensystems zu sein. Denn eine nur „temporäre Einwanderung führt zu wesentlich kleineren Vorteilen für das Rentensystem, weil die Rentenansprüche der Immigranten trotz der Rückkehr in ihr Heimatland erhalten bleiben, und nicht durch deren eigene Kinder, sondern durch das Kollektiv der deutschen Beitragszahler abgedeckt wird“ (Sinn, 2005, S. 78). Jedoch ist der große Anteil an Zuwanderungen nach Deutschland zeitlich begrenzt: vom Tag der Einwanderung gerechnet, verlassen über die Hälfte der Migranten bereits nach zehn Jahren wieder ihre Wahlheimat, nach 25 Jahren sind es bis zu 75% (vgl. Sinn, 2005, S. 78). Zuwanderung kann zwar einen Beitrag zur Sicherung der Renten darstellen, zumal die Geburtenrate der Migranten höher als die der deutschen Bevölkerung ist. Allerdings ist in Zukunft davon auszugehen, dass sich das Fruchtbarkeitsverhalten der Einwanderer dem der deutschen Bevölkerung anpassen wird.

Nicht zu vergessen ist die Tatsache, dass Migranten „schneller“ altern als hier Geborene, denn bei Einreise sind die Zuwanderer meistens schon um die 30 Jahre alt und treten infolgedessen doppelt so schnell ins Rentenalter ein.

Außerdem muss auch bedacht werden, dass die Migranten nicht unbedingt eine Bereicherung für die Rentenkassen darstellen, sondern den Staat vielmehr noch zusätzlich belasten, indem sie staatliche Leistungen, wie die Sozialhilfe oder das Arbeitslosengeld überdurchschnittlich in Anspruch nehmen. Gut ausgebildete Einwanderer könnten Deutschland wirtschaftlich und bzgl. des Rentensystems bereichern, daneben wird der Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren in wissensintensiven Branchen Arbeitskräfte nachfragen. Hochqualifizierten Zuwanderern werden zwar die Einreise und der Aufenthalt durch das Zuwanderungsgesetz von 2004 erleichtert, jedoch entscheiden sich diese Personen aufgrund bestehender Barrieren (Sprache, Konformität der Studienabschlüsse) oftmals für Länder wie USA oder Kanada.

Dass die Zuwanderung nur stark eingeschränkt eine Lösung für das Rentenproblem ist, wird ersichtlich, wenn man folgende Rechnung durchführt: Will „man das Rentensystem durch eine Zuwanderung in dem Sinne stabilisieren, dass der Altenquotient „..., konstant bleibt „..., so ergibt sich eine Nettoeinwanderung von 43 Millionen Menschen nach Deutschland“ (Sinn, 2005, S. 79). Diese fast schon absurden Zahlen verdeutlichen, wie gering der Beitrag zur Lösung der demographischen Probleme ist, den man von der Zuwanderung erwarten kann.

#### **4.2.3 Erhöhung des Renteneintrittsalters**

Neben der Erhöhung der Beitragszahlenden ist eine Verringerung der Zahl der Rentenbezieher eine realistische Option zur Stabilisierung des Rentensystems. Dieses ist durch eine Anhebung des Renteneintrittsalters zu erreichen. Die Deutschen müssen länger arbeiten, um den fehlenden Nachwuchs an jungen Menschen auszugleichen. In diesem Punkt hat die momentane Regierung schon gehandelt und eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters von heute 65 Jahren auf 67 Jahren im Zeitraum von 2012 bis 2029 angekündigt. Die Rente ab 67 wird das System langfristig stabilisieren wenn es für ältere Menschen genügend Arbeitsplätze gibt. Falls dieses nicht gelingen sollte, bedeutet die Rente mit 67 Jahren eine versteckte Rentenkürzung. Insofern ist es notwendig, dass die Betriebe es den Menschen ermöglichen, tatsächlich bis zum 67. Lebensjahr zu arbeiten. Das ist heute nur in Ausnahmen der Fall; in den meisten Unternehmen wird auf die Erfahrung von älteren Arbeitnehmern verzichtet, zum Vorteil der jüngeren Erwerbstätigen. Natürlich ist auch kritisch zu bewerten, dass in vielen arbeitsintensiven Berufsfeldern, wie beispielsweise in der Baubranche, im Bergbau oder in der Schwerindustrie schon heute nicht bis 65 Jahre gearbeitet werden kann.

#### **4.2.4 Erhöhung des Bundeszuschusses**

Die teilweise Finanzierung der Ausgaben der Rentenversicherung durch eine Erhöhung des Bundeszuschusses „ist ein optischer Trick zur Geringrechnung der Belastung, aber keine Lösung, weil auch ein solcher Zuschuss durch Steuern finanziert werden muss“ (Sinn, 2005, S. 63).

#### **4.2.5 Riester-Rente**

Die aufgezählten Maßnahmen werden es trotzdem nicht verhindern können, dass das Rentenniveau weiter sinken wird. Deswegen wird in Zukunft eine privat finanzierte Eigenvorsorge unausweichlich werden.

Dazu fördert der Staat die teilkapitalgedeckte Rentenversicherung (Riester-Rente). Da wie bereits erwähnt, heute wesentlich weniger Kinder als früher geboren werden, demnach also weniger Humankapital gebildet wird, muss Realkapital in dem Maße angespart werden, wie es an Humankapital fehlt. Dies ist der Grundgedanke der Riester-Rente, die bereits im Jahr 2000 eingeführt wurde. Gefördert werden vor allem Sozialversicherungspflichtige und Beamte; dagegen bleiben jedoch Selbstständige, Studenten, Rentner und Hausfrauen außen vor. Die maximale Förderung gibt es derzeit für drei Prozent des letzten Vorjahresbruttoeinkommens. So kann eine Durchschnittsfamilie mit zwei Kindern in der letzten Förderstufe 2008 dann jährlich 678 Euro an staatlicher Zulage kassieren. Der Eigenbetrag, der geleistet werden muss, verringert sich, je geringer der Verdienst ist und je mehr Kinder im Haushalt sind (vgl. Berliner Zeitung, 13.3.2006, S. 10). Allerdings ist das „Riester-Sparen“ bislang freiwillig und im ersten Jahr lag die Beteiligungsquote bei nicht einmal 10%. Im Januar 2006 hatten zwar bereits 23% eine Riester-Rente abgeschlossen, dessen ungeachtet verzichteten 70% der Förderberechtigten in näherer Zukunft auf den Abschluss von Riester-Verträgen. Gründe für die geringe Beteiligung der Bürger sind sicher die Wechselwirkungen mit dem rechtlichen Sozialsystem. Spart ein Geringverdiener einen Teil seines Einkommens für die Rente, so verringert sich sein Anspruch auf ergänzende Sozialhilfe, den er im Alter hat. Außerdem befürchten viele Bürger, dass ihnen bei eigenen Ersparnissen, später der Rentenanspruch weiter gekürzt oder sogar völlig gestrichen wird. Dies beruht auf den momentanen Diskussionen und Reformen, bei denen für die Bürger der weitere Verlauf noch nicht absehbar ist. Und bevor man sich den Rentenanspruch frühzeitig selber verbaut, spart man lieber nicht zuviel an (vgl. Sinn, 2005, S. 82).

Die Teilkapitaldeckung der Rentenversicherung ist grundsätzlich ein vernünftiger Ansatz zur Rettung der Rente. Eigenvorsorge wird in absehbarer Zeit unabdingbar werden, um im Alter

den gewohnten Lebensstandard zu halten. Fraglich ist aber, was mit den Menschen passiert, die keine Mittel besitzen, um für das eigene Alter zu sparen. In Zeiten von fünf Millionen Arbeitslosen und einer größer werdenden Zahl an Geringverdienern ist diese Frage nicht unberechtigt.

#### **4.2.6 Riester-Rente für Kinderlose**

Das „Riester-Sparen“ für Kinderlose ist ebenfalls in der Diskussion. Es beruht auf einer aktiven Bevölkerungspolitik. Diese ist seit der Nazizeit ein sehr heikles Thema, aufgrund der schlechten Aussichten darf man es aber nicht länger tabuisieren. Heute greift der Staat über das Rentensystem ganz massiv in die Familienplanung ein. Ziel ist es aber nicht mehr, sondern weniger Einfluss auf die Familienplanung auszuüben. Viele Maßnahmen, die von Politikern und Experten vorgeschlagen werden, wie z.B. die Erhöhung der Zahl der Kindergärten, das Ehegatten-Splitting oder das Familiengeld sind zwar sinnvoll, sie laufen aber alle auf eine doppelte Intervention des Staates hinaus. Das bedeutet „durch die staatliche Rentenversicherung wird der Kinderwunsch vertrieben und durch andere kompensierende staatliche Ausgaben wird er von neuem geweckt“ (Sinn, 2005, S. 84).

Die Riester-Rente für Kinderlose zielt nicht darauf ab, eine ganze Generation in die Verantwortung zu ziehen, sondern nur wer keine eigenen Kinder in die Welt setzt, und somit nicht für Humankapital sorgt, muss in dem Maße Realkapital anlegen, wie es an Humankapital fehlt. Das bedeutet im Klartext, eine deutliche Rentenkürzung für Kinderlose. Eine Kürzung der Rente auf die Hälfte, scheint den Experten dabei als angebracht. „Nur wer mindestens drei Kinder großzieht und durchschnittliche Beiträge gezahlt hat, dem kann die umlagefinanzierte Rente im bisher erwarteten Umfang erhalten bleiben. Wer ein Kind oder zwei Kinder hat, dem kann eine anteilige Rentenkürzung zugemutet werden“ (Sinn, 2005, S. 85).

Die bereits angelegten Ersparnisse dürfen aber von der Rentenkürzung nicht betroffen sein, es geht bei dieser Form der Riester-Rente ausschließlich um die heute jungen Menschen. Ältere Menschen werden deshalb von der Reform kaum betroffen, wer schon Rente bezieht, den betrifft sie überhaupt nicht.

Zweifelhaft ist allerdings, inwieweit eine solche Reform tatsächlich erfolgreich sein kann. Denn ist wird davon ausgegangen, dass sich Kinderlose aufgrund von Steuerersparnissen und einer gesicherten Rente für ein Kind bzw. für mehrere Kinder entscheiden. Ob eine junge Familie aber genau diese Motive für ihre Entscheidung für oder gegen Kinder heranzieht, muss in Frage gestellt werden. Für eine Familie steht die Gegenwart mehr im Vordergrund als



die Zukunft. Gerade für berufstätige Frauen ist das Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie der ausschlaggebende Faktor. Ihnen stellen sich folgende Fragen: Lässt sich eine Familie mit Kindern mit der Arbeitszeit vereinbaren, reicht ein Einkommen aus, gibt es genug Betreuungsmöglichkeiten?

Eine besser ausgebaute Kinderbetreuung und flexiblere Arbeitszeiten für Mütter wären sicherlich förderlicher für eine steigende Geburtenrate als eine Verringerung der Rente für Kinderlose.

## **5. Konsequenzen des demographischen Wandels für den ländlichen Raum**

Die traditionell über dem Durchschnitt liegenden Geburtenraten des ländlichen Raumes sind in den letzten 20 Jahren überproportional gesunken und haben sich den Geburtenraten von Verdichtungsräumen angenähert. Dieser natürliche Bevölkerungsrückgang wird durch die Abwanderung von vor allem jungen und qualifizierten Menschen verstärkt. Diese verlassen den ländlichen Raum, um in den wirtschaftlich oft starken Agglomerationen einen Arbeitsplatz zu bekommen oder mit einer Ausbildung anzufangen. Die Selektivität der Abwanderung verschärft den demographischen Wandel: Fortgezogen sind hauptsächlich Menschen im fortpflanzungsfähigen Alter, unter ihnen ein hoher Anteil an Frauen. Dadurch sinkt kontinuierlich nicht nur die absolute Anzahl an Einwohnern im ländlichen Raum, sondern auch die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung wird noch ungünstiger. Denn zurück bleiben die älteren Bewohner. Infolgedessen wird sich der Bevölkerungsrückgang besonders in den peripher gelegenen Ortschaften rasant beschleunigen, denn es fehlen junge Menschen im Alter der Familiengründung.

Die angedeutete Entwicklung stellt eine Gefahr für die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes dar: Immer mehr Siedlungen stehen vor Tragfähigkeitsproblemen, eine Aufrechterhaltung einer Grundversorgung bleibt zwar notwendig, wird jedoch unrentabler. Infrastruktureinrichtungen, speziell solche für die jüngere Bevölkerung wie Schulen, Kindergärten oder Sportstätten, stehen leer oder sind nicht ausgelastet. Dagegen steigt der Bedarf an Versorgungseinrichtungen für die älteren Menschen. Die neuen Bundesländer sind von diesen Konsequenzen früher und massiver betroffen als die alten Bundesländer, weil kurz nach der Wende, Anfang der 90er Jahre, eine intensive Ost-West-Bewegung stattgefunden hat. In näherer Zukunft werden auch insbesondere strukturschwache, unattraktive westdeutsche Regionen von den gleichen Problemen betroffen sein.

Im folgenden Kapitel soll erläutert werden, welche Konsequenzen sich insbesondere für die Infrastruktur aus dem Bevölkerungsrückgang für kleine Gemeinden im ländlichen Raum ergeben und wie die steigende Anzahl an älteren Menschen bei gleichzeitigem Einwohnerverlust zukünftig versorgt werden sollen. Zuvor soll der ländliche Raum definiert werden, um anschließend zu erklären, warum nicht alle ländlichen Regionen in Deutschland von der Schrumpfung betroffen sind.

## **5.1 Definition und Abgrenzung des ländlichen Raumes**

Unter ländlich versteht man im Allgemeinen „die kleine Gemeinde, geringe Bevölkerungsdichte, Dominanz landwirtschaftlicher Tätigkeit, natürliche Umgebung, Homogenität der Bevölkerung, geringe Stratifizierung und Mobilität sowie Dominanz personaler und informaler Sozialbeziehungen“ (Frehner, 1979, S. 37). Jedoch wird eine genaue Bestimmung von Eigenschaften des ländlichen Raumes und damit eine eindeutige Abgrenzung gegenüber anderen Räumen durch zwei Faktoren erschwert: Zum einen sind heute die Grenzen zwischen städtischen und ländlichen Raum fließend. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verlor die Landwirtschaft an Bedeutung, dafür gewannen das produzierende Gewerbe und der Dienstleistungssektor an Bedeutung. Dadurch wandelten sich traditionell dörflich geprägte Orte zu Gemeinden mit städtisch bestimmten Lebensformen. Die in den 1960er Jahren beginnende Suburbanisierung beschleunigte die Durchmischung von städtischer und ländlicher Kultur (vgl. Gans/Schmitz-Veltin, 2005, S. 112f). Zum anderen bildet der ländliche Raum in sich keine homogene Einheit, so dass dementsprechend weitere Unterteilungen in verschiedenen Kategorien möglich sind.

Vorgeschlagen wird im Raumordnungsbericht 2000 eine Grobtypisierung nach vier Kategorien, die aufzeigen, welche Entwicklungswege „die ländlichen Räume, also nicht mehr der ländliche Raum“ (Institut für Städtebau Berlin, 2004, S. 6) einschlagen werden: 1. Strukturschwache ländliche Räume, 2. Ländliche Gebiete in der Nähe von Agglomerationsräumen, 3. Ländliche Räume mit wirtschaftlicher Entwicklungsdynamik und 4. Ländliche Räume mit guten Einkommensmöglichkeiten in der Landwirtschaft und Potentialen im Tourismus. Von extremer Schrumpfung ist nur der unter Kategorie 1 geführte strukturschwache ländliche Raum betroffen. Dieser Raum ist gekennzeichnet durch eine niedrige Bevölkerungsdichte, eine unzureichende Infrastrukturausstattung, geringe Investitionen und durch eine periphere Lage (vgl. Institut für Städtebau Berlin, 2004, S. 7). Beispiele hierfür sind weite Teile des Binnenlandes von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Die übrigen drei Kategorien besitzen durchweg gute Entwicklungspotentiale. Zwar vollzieht sich auch in diesen Räumen ein demographischer Wandel, gleichwohl werden

die niedrige Geburtenrate und die Verschiebung der Altersstruktur in Richtung der Älteren durch Zuwanderung von oft jungen Familien ausgeglichen.

## **5.2 Folgen der Schrumpfung für die Infrastruktur**

Die rückläufige Bevölkerungsentwicklung führt zu deutlichen Auswirkungen auf die Infrastrukturversorgung in den ländlichen Räumen. Der Bedarf an Einrichtungen für Kinder und Jugendliche wird sich verringern, dafür steigt die Nachfrage nach Versorgungseinrichtungen für die ältere Bevölkerung. Ungeachtet dessen wird sich die Frage stellen, ob und wie eine ausreichende Grundversorgung, zum Beispiel mit Lebensmitteln, für die schrumpfenden Dörfer aufrechterhalten werden kann. Dabei ist es laut dem Raumordnungsgesetz von 1998 Vorschrift, dass in allen Teilräumen des Bundesgebietes gleichwertige Lebensverhältnisse herrschen und Disparitäten zwischen den Regionen abgebaut werden. Dadurch wird garantiert, dass für die Bürger ein quantitativ und qualitativ angemessenes Angebot an Wohnungen, Erwerbsmöglichkeiten und öffentlicher Infrastruktureinrichtungen in zumutbarer Entfernung zur Verfügung stehen (vgl. Frehner, 1979, S. 50). Selbstverständlich kann dieses Gesetz in mehrere Richtungen interpretiert werden und ist insofern kein Garant für eine hinreichende Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen. Besonders weil die örtlichen Anbieter, öffentliche übrigens ebenso wie private, unter wirtschaftlichen Druck geraten aufgrund von Rentabilitätsproblemen. Bei ihnen wächst der Zwang zu Konzentration und Rationalisierung.

Nachfolgend soll einerseits am Beispiel der Dorfläden erläutert werden, welche Konsequenzen sich für die gesamte Dorfbevölkerung, aber ausdrücklich für die älteren Bewohner, durch die Schließung von Nahversorgungseinrichtungen ergeben. Und andererseits soll demonstriert werden, in welchen Bereichen die Nachfrage an Infrastruktureinrichtungen aufgrund des demographischen Wandels und der damit verbundenen Alterung der Dorfgesellschaft ansteigen könnten.

### **5.2.1 „Sterben von Dorfläden“**

Die Grundversorgung der Bewohner mit Lebensmitteln wird in Zukunft kaum noch aufrecht zu erhalten sein. Zum einen sind viele Einzelhändler persönlich von der Alterung betroffen und finden keine Nachfolger, die das Geschäft weiterführen können (vgl. Gans/Schmitz-Veltin, 2005, S. 122) und zum anderen verschlechtern sich die Realisierungschancen von Dorfläden angesichts des Bevölkerungsschwundes. Der Einzelhandel meidet Standorte mit weniger als 1000 bis 1500 Einwohnern bzw. Einzugsbereiche mit weniger als 3000

Einwohnern (vgl. Institut für Städtebau Berlin, 2004, S. 93). Dafür nimmt der Konzentrationsprozess zu. Mit dem Sterben der Dorfläden verschlechtert sich für viele Menschen die materielle Versorgungslage bedrohlich. Existenziell betroffen sind hauptsächlich die immobilen und sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen. Zu den immobilen Gruppen gehören die älteren Menschen, die zum Beispiel wegen körperlicher Gebrechen keine weiten Wegen mehr auf sich nehmen können sowie Kinder und Jugendlichen, die mangels Führerschein und ausgedünnten Personennahverkehr auf eine örtliche Versorgung angewiesen sind. Tendenziell schätzen ältere Menschen die Wichtigkeit von Versorgungseinrichtungen vor Ort größer ein als jüngere Menschen. Somit stehen die Gemeinden „bei alternder Bevölkerung vor dem Dilemma, dass die Nahversorgung vor Ort immer dringlicher wird, die entsprechenden Einrichtungen jedoch unrentabler werden“ (Gans/Schmitz-Veltin, 2005, S. 122). Sozial schwächere Personen, zum Beispiel Arbeitslose ohne Pkw, sind ebenfalls von der Schließung von Dorfläden betroffen. Denn anders als die Berufstätigen, „welche die tägliche Fahrt zum Arbeitsplatz verhältnismäßig einfach mit anderen Besorgungen verknüpfen können“ (Gans/Schmitz-Veltin, 2005, S. 123), besteht diese Möglichkeit bei ihnen nicht.

Nicht zu verachten ist die Tatsache, dass die Dorfbewohner mit Schließung der Dorfläden einen wichtigen Treffpunkt bzw. Kommunikationsraum verlieren. Der Dorfladen ist eine „notwendige, zivilisatorische Errungenschaft,..., [und] Ausdruck einer intakten Soziokultur“ (Institut für Städtebau Berlin, 2004, S. 93). Der Zusammenbruch dörflicher Sozialstrukturen kann zu Vereinsamung von vornehmlich älteren Personen führen. Denn sie sind auf tägliche, soziale Kontakte angewiesen, weil ihre Kinder und Enkelkinder oftmals in die Agglomerationen abgewandert sind. Die einst traditionell im ländlichen Raum vorherrschenden Mehrgenerationenhaushalte, bei denen drei Generationen unter einem Dach leben, verschwinden drastisch zugunsten von Singlehaushalten als dominierende Lebensform.

### **5.2.2 Anstieg Infrastrukturbedarf für ältere Menschen**

Zwar werden die Entwicklungsprobleme des ländlichen Raumes durch die Zunahme von Personen im Rentenalter verstärkt, jedoch bietet der demographische Wandel auch Chancen für die Erschließung von neuen Entwicklungsfeldern: Es ist mit einer zunehmenden Nachfrage nach haushaltsnahen Dienstleistungen, Wohnungsangeboten, Betreuungs- und Pflegedienstleistungen, Freizeit- und Kommunikationsangeboten sowie Angeboten im Senientourismus zu rechnen (vgl. Demanowski/Trellert, 2005, S. 1). Um die Nachfrage zu befriedigen, sind Investitionen seitens der Kommunen unabdingbar. Angesichts der

angespannten Finanzlage ist es fraglich, in welchem Ausmaße sich die Kommunen an Ausgaben beteiligen können.

Grundsätzlich weisen die ländlichen Räume ein ausreichendes Angebot an stationären Heimangeboten auf. Aber es besteht noch ein Mangel an altengerechten Wohnungen und Pflegediensten. Diese Defizite könnten im Hinblick auf die steigende Anzahl von hochaltrigen Personen „bei gleichzeitigem Trend zur Kleinfamilie und zunehmender beruflicher Mobilität der jüngeren Bevölkerung zukünftig Probleme aufwerfen“ (Institut für Städtebau Berlin, 2004, S. 104). Denn die Altenversorgung und -pflege wurde bisher gerade im ländlichen Raum vorrangig durch die Familien abgedeckt. Hier besteht Handlungsbedarf, um die Seniorenversorgung zu sichern. Jedoch bedeutet der Ausbau von Infrastruktureinrichtungen für die ältere Bevölkerung hohe Kosten für die Kommunen bei ständig sinkenden Einnahmen.

### **5.3 Ausblick**

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Bevölkerungsrückgang in ländlichen Gebieten für einen höheren Handlungsdruck spricht, um mit den Folgen des Einwohnerrückganges umzugehen, als dieses in städtisch geprägten Regionen der Fall ist. Wenn Magdeburg mehrere tausend Einwohner verliert erzeugt das zwar Leerstände, aber die Grundversorgung ist nicht gefährdet, da ausreichend Bevölkerung vorhanden ist, welche Infrastruktur nachfragt. In manchen Teilen von Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg besteht allerdings eine realistische Gefahr, dass „Dörfer geschlossen“ werden müssen bzw. wüst fallen. Orte werden eventuell von der Landkarte verschwinden.

Der bisherige Umgang mit Schrumpfung „bewegt sich daher auf der Ebene Hoffnung auf das Nichteintreten oder nur das temporäre Eintreten des Ereignisses“ (Institut für Städtebau Berlin, 2004, S. 112). Aber Schrumpfung darf nicht mehr als vorübergehendes Problem angesehen werden, sondern ist grundlegend existenzgefährdend für kommunale, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen. Es müssen Maßnahmen initiiert werden, die den schmalen finanziellen Handlungsrahmen berücksichtigen, um umsetzbar zu sein. Es geht um Ansätze, die eine Anpassung an den demographischen Wandel zu bezahlbaren Kosten und mit möglichst geringen qualitativen Einbußen, ermöglichen. Ein rasches Umsetzen von Konzepten sowie Ideen wird durch das oft fehlende Problembewusstsein der Kommunen behindert.

Es ist festzuhalten, dass der ländlicher Raum auch in Zukunft Wohn- und Arbeitsort von Menschen sein wird, denn wichtige Funktionen dieser Räume sind standortgebunden

(Ernährung, Erholung, ökologischer Ausgleich) und eine große Anzahl an Menschen möchte bewusst im ländlichen Raum leben (vgl. Frehner, 1979, S. 209).

## **6. Fazit**

Die größten Einflussfaktoren auf den demographischen Wandel sind Fertilität, Mortalität und Migration. In Deutschland wird die Bevölkerung schrumpfen, aber gleichzeitig altern. Während sich die Schrumpfung durch höhere Geburtenzahlen und/oder durch Zuwanderung aufhalten bzw. verschieben lässt, ist die demographische Alterung irreversibel.

Im Gegensatz zu Schirrmachers Annahme, ist unserer Meinung nach nicht die gestiegene Lebenserwartung, sondern die niedrige Geburtenrate, wie sie auch Birg thematisiert, der ausschlaggebende Grund für den demographischen Wandlungsprozess.

Um die Bevölkerungsschrumpfung aufzuhalten, muss die Geburtenrate von derzeit 1,37 weit über das Bestandserhaltungsniveau von ca. 2,1 Lebendgeborenen pro Frau steigen. Das ist nur möglich, wenn Maßnahmen zur nachhaltigen Erhöhung der Geburtenrate getätigt werden. Die Durchsetzung folgender Maßnahmen zur Stärkung der Familien mit Kindern hält Birg für besonders wichtig. Er fordert zukunftsreichere Reformen, die die Erziehungsleistungen der Familien mit Kindern berücksichtigen. Er plädiert für hochwertige Betreuungseinrichtungen schon ab dem Vorschulalter. Weiter spricht er sich für die Erhöhung der finanziellen Zuwendungen an Eltern, für ein Eltern- bzw. Familienwahlrecht, sowie eine Mütterpriorität bei der Stellenvergabe aus (vgl. Birg, 2005, S. 147).

Unsere Annahme ist, dass selbst die Erhöhung der Geburtenrate nicht zwangsläufig aus der Misere führt. Die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen allein reichen nicht, denn selbst wenn die Geburtenrate auf besagtes Bestandserhaltungsniveau stiege, würde das die sozialen Sicherungssysteme kaum entlasten, denn der Bestand an Erwerbstätigen, die dem Arbeitsmarkt im Jahre 2035 zur Verfügung ständen, wären gerade mal 10% mehr (vgl. Sinn, 2003, S.370). Fraglich bleibt, ob diese Maßnahmen überhaupt fruchten können, denn ein einmal erreichtes niedriges Fertilitätsniveau lässt sich nicht allein durch pronatalistische Politiken anheben, sondern setzt sich bei nachfolgenden Generationen fort. Niedrige Geburtenraten bewirken niedrigere Ideale und ein Sinken der Ideale führt zu noch niedrigeren Geburtenraten. Das wird auch durch die neueste Studie „die demographische Lage der Nation“ belegt, die besagt, dass nicht nur die Geburtenrate, sondern das Ideal (die gewollte Kinderzahl) von 2 auf durchschnittlich nur noch 1,6 Kinder je Frau gesunken ist (vgl. <http://www.netzeitung.de/vermishtes/386836.html>).

Doch warum entscheiden sich Frauen zunehmend gegen Kinder? Unserer Meinung nach liegt eine Ursache im Wandel der Biographie von Frauen. Die Frauen wollen die Bildung, die sie erwerben, auch im Beruf umsetzen, dafür nehmen sie längere Ausbildungszeiten in Kauf und stellen das Thema der Familiengründung (Zeitpunkt der Eheschließung, Geburt des ersten Kindes) in den Hintergrund. Doch scheint es in Deutschland nicht leicht zu sein, Familie und Beruf zu vereinbaren. Wir benötigen eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen bzw. später von deren Kindern, um den Anteil der Beitragszahler, besonders im Bereich der Gesetzlichen Rentenversicherung stabil zu halten. Doch dies funktioniert nur, wenn der Druck bei Frauen wegfällt, sich zwischen Ausbildung, Beruf und Familie entscheiden zu müssen.

Die hohen Fertilitätsraten in den nordischen Ländern deuten darauf hin, dass deren Familienpolitik, die auf Erwerbsbeteiligung aller, auf Abfederung von Lebensrisiken und auf das Recht auf Betreuung für alle setzt, soziale Bedingungen schafft, die es Frauen eher ermöglichen, Kinder zu haben, als dies gegenwärtig in Deutschland der Fall ist.

Auch in Frankreich schließt sich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht aus. „83 Prozent der Frauen mit zwei Kindern sind berufstätig“ (<http://www.3sat.de/nano/serien/64754/index.html>). Steuerliche Vergünstigungen beim Einkommen und bei den Betreuungsausgaben, sowie ein generell umfangreicheres Betreuungsangebot (Öffnungszeiten der Tagesstätten, Ganztagsvorschule ab 3 Jahre) ermöglichen dieses. Daran sollte sich die deutsche Familienpolitik orientieren.

Maßnahmen im Bereich der Geburtenförderung können nicht ausreichen, zumal sie häufig mit der Begründung zu hoher Kosten nur halbherzig realisiert werden. Hier stellt sich auch die Frage, wo beispielsweise die finanziellen Rücklagen – die durch die „Aufzucht“ der nur wenigen Kinder hätten gebildet werden können, um sie jetzt in geburtenfördernde Maßnahmen zu investieren – geblieben sind?

Die Geburtenrate ist nicht an allem Schuld, wie in den Medien und in der Politik oft suggeriert wird, um von anderen Versäumnissen abzulenken. Bedeutend wichtiger ist es, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, um so ein günstigeres Verhältnis zwischen Einzahlungen und Auszahlungen zu erreichen. Was nützen uns mehr Kinder, wenn ein großer Teil der Älteren zwar theoretisch länger arbeiten muss (Erhöhung des Renteneintrittsalters), aber praktisch früher vom Arbeitsmarkt gedrängt wird.

Auf die Erhöhung der Geburtenrate als Königsweg aus dem demographischen Dilemma kann nicht ausschließlich gesetzt werden. Ein weiterer, viel diskutierter Weg, um aus der demographischen Situation zu kommen, ist die Zuwanderung. Wie in Kapitel 3.3 dargestellt, ist eine derart hohe Anzahl an Zuwanderern nötig, um den derzeitigen Bevölkerungsstand zu halten, dass dieser Weg unrealistisch scheint. Zuwanderung, so wie sie derzeit stattfindet,

führt nicht zu dem erhofften positiven Effekt, da viele der Zuwanderer unterm Strich die Sozialsysteme nicht ent- sondern eher belasten. Der jetzige Arbeitsmarkt hält keine geeigneten Arbeitsplätze für die derzeitigen und zukünftigen Einwanderungswilligen bereit und die Einwanderer, die wir hier gerne hätten (hoher Bildungsgrad, aktuelle Qualifikation, Sprachkenntnisse, kulturelle Identifikation), geben anderen Ländern wie den USA und Kanada den Vorzug.

Übertrieben formuliert kommen nicht die, die wir wollen, und schon gar nicht in den Mengen, die nötig wären, einen Bevölkerungsrückgang aufzuhalten und die sozialen Sicherungssysteme zu entlasten.

Auf der einen Seite werden Zuwanderer als Lösungsweg gewünscht, auf der anderen Seite stellt sich die Frage der langfristigen Integration dieser. Es sollten vielmehr Maßnahmen diskutiert werden und letztendlich auch erfolgen, die die jetzigen in Deutschland lebenden Personen mit Migrationshintergrund integrieren. Bei einer Arbeitslosenquote von annähernd 50% in Berlin unter Migranten wird deutlich, dass der Großteil der Personen nichtdeutscher Herkunftssprache nicht vollständig in die Gesellschaft integriert ist, wenn man Teilnahme am Arbeitsmarkt als Integrationsmittel betrachtet. Des Weiteren verlassen 19,5% (2002) der Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Schule ohne einen allgemein bildenden Abschluss, ca. 18% haben einen Hauptschulabschluss (vgl. Statistisches Bundesamt, 2004, S. 67). Eine gezielte Förderung sollte bereits im Kindergarten beginnen. Dort werden die Grundlagen für die spätere Integration gelegt, indem dort Sprache und soziale Kompetenz vermittelt werden. Entgegen dem französischen Modell, bei dem die Probleme an den Stadtrand verschoben werden ("banlieus"), sollten in Deutschland die Innenstadtgebiete mit überdurchschnittlichem Migrantenanteil besonders intensiv gefördert werden, um die weitere Entmischung aufzuhalten. Deswegen sollten zum Beispiel die am stärksten betroffenen Schulen hohe Fördersummen erhalten, damit auch deutsche Kinder wieder in diesen Gebieten die Schule besuchen. Die Bevölkerung wird schrumpfen, in Deutschland sowie weltweit. Die Geburtenrate wird nicht von heute auf morgen ansteigen und auch die Zuwanderung scheint keine wirkliche Alternative zu sein. Grundsätzlich lässt sich daran nicht mehr ändern, insofern ist es längst 30 Jahre nach 12. Heute legen wir den Grundstein für die Zukunft, sowie das Fundament für unsere heutige demographische Situation schon in der Vergangenheit gelegt wurde. Wir sollten uns mit diesen Tatsachen abfinden, und die Politik langfristig darauf ausrichten, die Situation zum Wohle aller zumindest stabil zu halten.



## 7. Literatur

Birg, Herwig (2005a): Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt. München.

Birg, Herwig (Hrsg.) (2005b): Auswirkungen der demographischen Alterung und der Bevölkerungsschrumpfung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Bielefeld.

Birg, Herwig (2004): Bevölkerungsentwicklung. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn (Hrsg.). Informationen zur politischen Bildung, Nr. 282/2004.

Birg, Herwig (1997): Perspektiven der Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert. In: Wohnen-Zeitschrift der Wohnungswirtschaft Bayern, Nr. 11-12/97, S. 591-601.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2004): Innovative Projekte zur Regionalentwicklung - Modellvorhaben der Raumordnung 2003-2006. 4. Sachstandsbericht. In: [www.bbr.bund.de/moro/pdf-files/moro\\_bbr4.pdf](http://www.bbr.bund.de/moro/pdf-files/moro_bbr4.pdf).

Demanowski, Anne/Trellert, Ulrike (2005): Modellvorhaben zur Stabilisierung des ländlichen Raumes im demografischen Wandel. In: [www.aoc.de/Kurzfassung\\_3\\_LAG\\_15\\_11\\_05.pdf](http://www.aoc.de/Kurzfassung_3_LAG_15_11_05.pdf).

EUROSTAT (2000): Bevölkerungsprojektion, die EUROSTAT speziell für die EU-working group on ageing erstellt hat. Ergebnisse sind veröffentlicht in EU Economic Policy Committee: Progress report to the ecofin council on the impact of ageing populations on public pension systems, Brussels, November 2000.

Frehner, Willibold (1979): Geburtenrückgang im ländlichen Raum. Darstellung der Konsequenzen und Konkretisierung am Beispiel des Umlandes von Augsburg. Augsburg.

Gans, Paul/Schmitz-Veltin, Ansgar (2005): Bevölkerungsentwicklung in ländlichen Gemeinden: Szenarien zu kleinräumigen Auswirkungen des demographischen Wandels. In: Birg, Herwig (Hrsg.): Auswirkungen der demographischen Alterung und der Bevölkerungsschrumpfung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Bielefeld, S. 111-129.

Institut für Städtebau Berlin (Hrsg.) (2004): Schrumpfung als Phänomen der Siedlungsentwicklung ländlicher Räume. Neue Herausforderungen und bisherige Erfahrungen. Berlin.

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.) (2006): Familienreport 2005. Sankt Augustin.

Lutz, Wolfgang/Milewski, Nadja (2004): Als ideal angesehene Kinderzahl sinkt unter zwei. In: Demografische Forschung Aus erster Hand, Jahrgang 1, Nr. 2.

Sinn, Hans-Werner (2005): Das demographische Defizit. Die Fakten, die Folgen, die Ursachen und die Politikimplikationen. In: Birg, Herwig (Hrsg.): Auswirkungen der demographischen Alterung und der Bevölkerungsschrumpfung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Bielefeld, S. 53-90.

Sinn, Hans-Werner (2003): Ist Deutschland noch zu retten? München/Berlin.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004): Datenreport 2004. Bonn.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.

#### Zeitungen/Zeitschriften:

Berliner Zeitung (15.3.2006): Interview mit Herbert Rische, S.10.

Berliner Zeitung (13.3.2006): Die verdrängte Zukunft, S.10.

FOCUS (13.03.06): Verlierer im freien Fall. Klingholz über die Studie zur demographischen Lage der Nation.

DER SPIEGEL (05.01.2004): Psychiatrie: Wie sich die Seelenleiden von Deutschen und Türken unterscheiden Nr.2/2004.

DIE ZEIT (15.01.2004): Das kinderlose Land. Teil 1 der neuen ZEIT-Serie von Susanne Gaschke.

Internet:

<http://www.3sat.de/nano/serien/64754/index.html>

<http://www.deutschesozialversicherung.de/de/rentenversicherung/finanzierung.html>

[http://www.europa.eu.int/comm/publications/booklets/eu\\_glance/44/de-1.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/publications/booklets/eu_glance/44/de-1.pdf)

<http://www.netzeitung.de/vermishtes/386836.html>

## 8. Anhang

Abbildung 1: Geburten & Altersaufbau der deutschen Bevölkerung

